

## Zustimmung für radikale Reform

Die Anzahl Gemeinden auf vier reduzieren? Bei den Ausserrhoder Parteipräsidenten kommt der Vorschlag der Regierung gut an.

### David Scarano

«Elegant», «mutig»: Die Parteipräsidenten reagieren positiv auf den Vorschlag der Regierung, die Anzahl Gemeinden auf vier zu reduzieren. Wie eine Umfrage der «Appenzeller Zeitung» zeigt, herrscht aber auch Skepsis vor, ob das Stimmvolk die Reform gutheissen wird.

Die Regierung hatte Mitte August den Gegenvorschlag zur Initiative Starke Ausserrhoder Gemeinden präsentiert. Sie favorisiert die radikalste Lösung. Die zweite Variante strebt eine mittlere Reduktion an: Die Anzahl soll auf 4 bis 16 reduziert werden. Die dritte Lösung sieht die Streichung der Gemeindefusionen aus der Verfassung vor.

### PU: Gemeinden werden entlastet

Arlette Schläpfer, Präsidentin PU, stellt sich klar hinter den Vier-Gemeinde-Vorschlag. «Ich befürworte ihn ausdrücklich. Der Vorschlag hat mich positiv überrascht.» Es sei mutig vom Regierungsrat, auf die Initiative so zu reagieren, sagt die Vorderländerin, die auch das Vorgehen unterstützt.

Der Regierungsrat will die Fusion von oben einleiten. Früher hatte er gesagt, der Impuls müsse von unten kommen. Innovative und auch mal mutige Gestaltungsideen einzubringen, sei ausdrücklich Aufgabe der Regierung, so Schläpfer. Sie begrüsst es, dass die Gemeinden von aufwendigen Fusionsverfahren entlastet werden sollen. Sie geht davon aus, dass Finanzausgleich und Wahlsystem noch viel zu reden geben werden. Und wie schätzt sie die Chancen in der Bevölkerung ein? «Sie stehen gut», meint sie. Vermutlich sei die Resonanz aber nicht in allen Kantonsteilen gleich positiv.

### FDP: Was ist mit den Steuerfüssen?

Positiv nimmt auch FDP-Präsidentin Monika Bodenmann den Vorschlag auf. Er sei mutig. Sie

hofft, dass er zu Diskussionen anrege. Als Stärke bezeichnet sie die Bündelung der Kräfte. Eine Schwäche macht sie aus, wenn es darum geht, die Steuerfüsse zu harmonisieren. «Diese Frage ist elementar. Im Vorschlag ist sie noch zu wenig differenziert beantwortet», sagt sie. Während Schläpfer den radikalen Vorschlag favorisiert, hat sich Bodenmann noch nicht festgelegt. Die Chance für die Grossfusionen schätzt sie als gering ein. «Aber vielleicht gibt er den Anstoss für andere, mutigere Lösungen als den Status quo», sagt Bodenmann.

### EVP: Nicht alle Probleme werden gelöst

Differenziert äussert sich auch Mathias Steinhauer, Präsident der EVP AR. Er favorisiert die Reduktion auf vier Gemeinden. Von den drei Lösungen sei sie die einzig richtige. «Der Vorschlag verfolgt einen Ansatz, dass sich alle ausser Herisau bewegen müssen», sagt er.

Die vier Gemeinden hätten eine genügende Grösse, um längerfristig handlungsfähig zu bleiben. Diese Variante löst seiner Meinung nach aber gewisse Probleme nicht. «Es wird auch in Zukunft einen namhaften Finanzausgleich brauchen, der vom Mittelland und dem Kanton schwerkem ins Hinterland und zu einem kleineren Teil ins Vorderland und nach Herisau fliesst», sagt er. Den Anstoss von oben bewertet er als positiv, weil die Regierung erkannt habe, dass die Herausforderungen langfristig nur auf diese Weise zu lösen seien. «Die Sache mit der Initiative von unten führt zu einem Flickenteppich.» Allerdings macht es sich die Regierung aus Sicht Steinhauers etwas einfach. Sie habe etwas liefern müssen und biete eine Auswahl an, «bei der schlussendlich doch von unten entschieden wird – und dann ist die Regierung feiner», sagt der EVP-Politiker.

Ob das Volk den Umbruch der Gemeindefusionen mitträgt, hängt seiner Meinung nach davon ab, ob die Regierung einen Realisierungsprozess aufzeigen könnte. Das habe sie bislang verpasst. «Es wird vermutlich vielerorts die Meinung vorherrschen: Jetzt kommt der Kanton und nimmt uns die Autonomie weg und macht unser Dorfleben kaputt.»

### SVP: Kein Diktat von oben

Von einem «überaus mutigen Schritt» spricht Anick Volger, Präsident der SVP AR. Der Vorschlag orientiere sich an den historischen Begebenheiten, also an den früheren Bezirken. Die damit entstehenden Gemeindegrossen seien noch überschaubar, hätten aber trotzdem eine gesunde Grösse. Der Anstoss von oben dürfe in der Bevölkerung zu reden geben. Volger sagt, dass auch die SVP heute noch der Meinung sei, dass solche Schritte von der Basis kommen müssten. «Es ist aber eine Tatsache, dass in den letzten

### Gemeindefusionen Strukturreform in Ausserrhoden

Jahren viel darüber gesprochen wurde, passiert ist aber nicht ansatzweise etwas Konkretes.» Entscheiden werde aber die Bevölkerung. «Somit sehen wir nicht, dass es von oben diktiert wird», hält der Parteipräsident fest, der sich für die radikale Variante ausspricht. Entscheidend sei, dass der Dorfcharakter erhalten bleibe. Die Grenze der politischen Gemeinde sei hingegen sekundär. Volger zeigt sich skeptisch, ob die Vorlage eine Mehrheit findet. «Wahrscheinlich wird es entscheidend sein, den Unterschied zwischen politischer Gemeinde und dem Dorf als Lebens- und Wohnort hervorzuheben.»

### SP: Proporz ohne Knorz

SP-Präsident Jens Weber betont, dass zwar alle Varianten vertieft diskutiert werden müssen.



Blick auf Teufen: Die Regierung favorisiert die Lösung, die eine Reduktion der Anzahl Gemeinden von heute 20 auf 4 vorsieht. Bild: APZ

ten. Den radikalen Vorschlag, den er aktuell auch selber favorisiert, nennt er aber «extrem elegant». Dies, weil unter anderem alle Gemeinden gleichbehandelt werden und aufeinander zugehen müssten. «Alle wären dann am Fusionieren, es wäre ein Appenzellisches Erlebnis, ein echtes Generationenprojekt», sagt Weber. Positiv hebt er die Rolle der Regierung hervor. Als Treiber der Idee habe sie kantonale Interessen, in Bezug auf die Gemeinden sei sie aber ein neutraler Akteur. Von einer eleganten Lösung spricht er auch, weil so ein «Proporz ohne Knorz» möglich sei, mit einem Streich wäre dieser in den Grundzügen klar geregelt. Laut Weber bietet die Fusion auch die Möglichkeit, den kantonalen Finanzausgleich aufgrund von neuen Parametern zu entwickeln. Die Kritik, dass die Fusionen von oben verordnet werden, teilt er ebenfalls nicht. Entscheiden werde ja das Stimmvolk. Und die Chancen? «Aufgrund der «Eleganz» des Vorschlages sehe ich durchaus Chancen, dass dieser Vorschlag nicht als radikal, sondern als rational wahrgenommen wird», sagt Weber.

### CVP: Sinnvoller Impuls von oben

Zurückhaltender äussert sich CVP-Präsidentin Claudia Frischknecht. Sie sei in einem ersten Schritt dafür, die Gemeindefusionen aus der Verfassung zu streichen. «Eine Reduktion auf vier Gemeinden würde jedoch sicher zu einer professionelleren und effizienteren Aufgabenerfüllung führen», sagt sie. Die Fusionen von oben einzuleiten, findet sie sinnvoll. Die Gemeinden würden von aufwendigen Fusionsverfahren entlastet. Eine favorisierte Lösung hat sie noch nicht. Sie sehe aber beim radikalen Vorschlag Chancen für die weitere Entwicklung des Kantons. Frischknecht rechnet aber mit grossem Widerstand aus der Bevölkerung.

### Umfrage

## Vorschlag löst gemischte Gefühle in der Bevölkerung aus



Emilie Inauen  
Teufen

«Ich begrüsse die Idee der Gemeindefusionen nicht. Die Vorteile, die kleinere Gemeinden davon hätten, sind für mich nicht deutlich zu erkennen. Ich fürchte um die Zukunft der lokalen Läden und auch die der Ämter. Man sieht es ja hier bereits: Alle kaufen bei der Migros ein und die kleinen Lebensmittelläden erleiden Existenznot.» (smb)



Tamara Waldmann  
Stein

«Sollte es zu einer Abstimmung kommen, werde ich Nein stimmen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich durch eine Fusion viel zum Positiven verändern würde. Mir gefällt es, die Verwaltung in Gehweite zu haben, denn so kann ich entspannt mit den Kindern zum Gemeindehaus spazieren. Trotzdem bleibe ich offen für Veränderung.» (smb)



Juri Schmid  
Wolffhalden

«Gemeindefusionen sehe ich definitiv als Chancen an. In kleineren Gemeinden hört man immer wieder Beschwerden über die zu kurzen Öffnungszeiten der Verwaltungen oder es wird darüber geklagt, keine Kandidaten für den Gemeinderat zu finden. Mit einer Fusion müssten weniger Stellen besetzt werden, was einfacher sein könnte.» (smb)



Andrea Tobler  
Wolffhalden

«Ich habe bereits eine Fusion miterlebt, in Marbach und Rebstein. Dort scheint es geklappt zu haben und ich denke, auch im Appenzellerland sind Gemeindefusionen realistisch. Ich hätte nichts dagegen. Ich denke auch, für uns Bewohner würde sich im Alltag nicht allzu viel verändern. Ich würde bei einer Abstimmung Ja sagen.» (smb)



Hermann Frei  
Teufen

«Das Beispiel von Gemeindefusionen ist mir aus Glarus bekannt. Da mag es vielleicht funktionieren, hier würde ich das aber nicht unterstützen. Es kann doch nicht sein, dass beispielsweise eine Seniorin, die nicht mehr gut zu Fuss ist, ins Kilometer entfernte Nachbardorf muss, nur wegen eines kurzen Besuchs auf dem Einwohneramt.» (smb)



Rina Liersch  
Stein

«Die Identifikation mit der eigenen Gemeinde ist bei mir – und bei vielen meiner Altersgenossen – nicht mehr gross ausgeprägt. Klar sehe ich mich als Einwohnerin meiner Gemeinde und bin froh, hier zu leben. Trotzdem hätte ich nichts gegen eine Gemeindefusion, für viele Ämter müssen wir ja ohnehin bereits nach Herisau.» (smb)